

# Kleinen Messen bleibt nur die Nische



Schön, aber auch etwas abseits gelegen: Die Messe Friedrichshafen (vorne Mitte) von der Luft aus betrachtet. BILD: ACHIM MENDE

- Leitveranstaltungen wandern in Großstädte
- Outdoor-Verlust trifft Friedrichshafen hart

VON KATY CUKO UND DOMINIK DOSE

**Friedrichshafen/Berlin/Köln** – Kleine Messegesellschaften haben um ihre Zukunft zu kämpfen – diese Erkenntnis kam spätestens vergangene Woche auch in Friedrichshafen an. Der Standort verliert die Leitmesse Outdoor an den Messe-Riesen München. Der Umzug sorgte für große Diskussionen und ermöglicht den Blick in eine Branche, die selten in der Öffentlichkeit steht: die Messewirtschaft. Die deutschen Messegesellschaften erwirtschaften jährlich über 3,5 Milliarden Euro Umsatz. Doch kleinere Standorte wie Friedrichshafen stehen vor Herausforderungen.

Haben kleinere Messen wie Friedrichshafen gegen stetig weiter wachsende Giganten wie München künftig keine Chance mehr? Martin Paul Fritze, der an der Uni Köln Junior-Professor für Messewirtschaft ist, sagt, dass wenn sich eine Messe zu einer internationalen Leitmesse entwickeln will, sie nahezu gezwungen sei, an einen größeren Standort auszuweichen. Lediglich regionale Veranstaltungen blieben für kleinere Messeplätze ein mögliches Erfolgsmodell, so der Experte: „Sie können wettbewerbsfähig bleiben, indem sie Nischen entwickeln und besetzen, die aus Rentabilitätsabwägungen an größeren Standorten nicht durchgeführt werden.“ Dieser Trend lasse sich in den letzten Jahren beobachten. Auch regionale Messen wachsen laut Fritze

## Messen im Südwesten

Der Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft listet in Baden-Württemberg fünf Messegelände mit Veranstaltungen von mindestens nationaler Bedeutung auf. Absteigend nach Hallenfläche sortiert sind das Stuttgart, Friedrichshafen, Karlsruhe, Offenburg und Freiburg. Weitere Messegelände gibt es in Villingen-Schwenningen, Ulm, Sinsheim und Mannheim. In der Nachbarschaft befinden sich zwei der größten Messegesellschaften der Welt: Frankfurt mit 647 Millionen Euro Jahresumsatz und München (428 Millionen Euro). (dod)

bei Besuchern, Umsatz und Ausstellern und könnten durchaus rentabel sein.

Warum Messen ihren Standort wechseln, das erklärt Peter Neven, der Geschäftsführer des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (Auma), am Beispiel Humum, Hamburg und dem Umzug der Windenergy. Die Weltleitmesse im Windkraftbereich zog im Jahr 2014 vom kleinen Austragungsort Humum in die Großstadt Hamburg. „Da ging es um zu wenig Platz, eine nicht ausreichende Infrastruktur, zu wenig Hotels oder Fragen der Internationalisierung“, sagt Neven. Besonders der letzte Punkt ist ein klarer Vorteil für größere Messen: „Sie unterhalten mehr Büros im Ausland, was die Gewinnung von Besuchern und Ausstellern erleichtert“, erklärt er. Parallelen zwischen Nevens Humum-Hamburg-Beispiel und dem Outdoor-Weggang sind vorhanden: Münchens

Hallenfläche ist mehr als doppelt so groß wie Friedrichshafens, die Messegesellschaft macht sogar weit über zehnmal so viel Umsatz, hat nach eigenen Angaben 70 Auslandsvertretungen und hat bei der Bewerbung die Karte Infrastruktur erfolgreich ausgespielt.

Für die Messe Friedrichshafen ist der Verlust der Outdoor ein herber Schlag. Der europäische Branchentreff findet ab 2019 auf der Sportfachmesse Ispo in München statt. Damit verliert Friedrichshafen in diesem Jahr die Lizenz für eine ihrer vier internationalen Messen. Neben der Outdoor sind das die Fakuma, die Eurobike und die Aero, wobei die beiden Letztgenannten Eigenveranstaltungen der Messe Friedrichshafen sind. Was der Verlust wirtschaftlich bedeutet, sagen die Messe-Macher am Bodensee nicht. Der Jahresumsatz der Messe für 2015 und 2016 lag bei je 34 Millionen Euro. Die Leitmessen machen davon laut Branchenkenner etwa drei Viertel aus.

Für 2019 plant die Messe Friedrichshafen eine eigene Outdoor. Die Erwartung, eine Alternative zur Ispo in der bayerischen Metropole anzubieten, hätten Aussteller schon vor der EOG-Entscheidung formuliert, sagt Messechef Klaus Wellmann. Branchenkenner Neven ist skeptisch, was Gegenveranstaltungen nach einem Messeabgang angeht: „Bisher hat so etwas selten funktioniert.“ Erfolg sei aber möglich, wenn sich ein Standort „auf bestimmte Angebots- und Besuchergruppen oder Einzugsgebiete“ konzentriere.

**SK** Die Hintergründe zum Outdoor-Verlust: [www.sk.de/exklusiv](http://www.sk.de/exklusiv)



Ein Techniker schraubt in Humum an einem Modell-Windrad für die Messe Windenergy. Das Bild wird sich nicht wiederholen. 2014 zog die Messe in die Großstadt Hamburg um. BILD: DPA

## NACHRICHTEN

### ABGAS-MANIPULATION

#### Auch Daimler gerät ins Visier

Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) geht nun auch möglichen Abgas-Unregelmäßigkeiten beim Autobauer Daimler nach. Die Behörde prüfe, für das Kleintransporter-Modell Vito „wegen des Verdachts einer unzulässigen Abschalteneinrichtung“ der Abgasreinigung eine amtliche Anhörung einzuleiten, teilte das Bundesverkehrsministerium in Berlin mit. Daimler teilte auf Anfrage mit, man befinde sich „in technischen Gesprächen“ mit dem KBA zu rund 1000 Fahrzeugen des Typs Vito der Schadstoffnorm Euro 6 aus alter Produktion. Nähere Angaben wurden nicht gemacht. (dpa)

### THYSSENKRUPP

#### Ergebnis legt um ein Drittel zu

Der Industriekonzern Thyssenkrupp hat zum Auftakt des Geschäftsjahres 2017/18 dank besserer Stahlgeschäfte mehr verdient. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebit) nahm im ersten Geschäftsquartal (bis Ende Dezember) um gut ein Drittel auf 444 Millionen Euro zu, wie das Unternehmen in Essen mitteilte. Unter dem Strich blieben 78 Millionen Euro stehen, nach 8 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Die vor der Fusion mit dem europäischen Stahlgeschäft von Tata Steel stehende Stahlsparte erhöhte dabei das operative Ergebnis von 28 Millionen auf 160 Millionen Euro. (dpa)

### NATURKOSMETIK

#### Weleda überspringt Marke von 400 Millionen

Eine weiterhin wachsende Nachfrage nach Naturkosmetik hat der Weleda AG erstmals über die Umsatzmarke von 400 Millionen Euro verholfen. Rund 401 Millionen Euro im Jahr 2017 entsprächen einem Plus von 2,8 Prozent, teilte das Unternehmen mit. Das Geschäft mit Naturkosmetik steuerte dabei rund 292 Millionen Euro bei. Das sind 4,2 Prozent mehr als 2016. Der Umsatz mit Arzneimitteln stagnierte bei rund 109 Millionen Euro. Zum Gewinn machte das Unternehmen keine Angaben. (dpa)

## MÄRKTE

### Schweine

Stuttgart: Orientierungspreis für Schlachtschweine des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg vom 15. bis 21. Februar: 1,31 Euro je Kilogramm. Der Preis ist abgeleitet vom Vereinigungspreis für Schlachtschweine vom 14.02.2018.

## Bio-Produkte immer gefragter

**Nürnberg/Berlin** (dpa) In Deutschland ist ein Ende des Bio-Booms nicht absehbar. Nach einem erneut kräftigen Umsatzplus rechnen Branchenexperten auch für das laufende Jahr mit einem deutlichen Wachstum bei ökologisch erzeugten Lebensmitteln und Getränken. Im vergangenen Jahr habe der Bio-Umsatz mit einem Anstieg von 5,9 Prozent erstmals 10 Milliarden Euro überschritten, berichtete der Vorsitzende des Bundes Ökologischer Landwirtschaft (BÖLW), Felix Prinz zu Löwenstein, in Nürnberg.

Inzwischen hält nach Einschätzung des Verbandschefs auch die Ausweitung der Öko-Anbaufläche mit der stark steigenden Nachfrage nach Bio-Produkten Schritt. So seien die ökologisch bewirtschafteten Acker- und Weideflächen 2017 um 10 Prozent auf 1,375 Millionen Hektar gestiegen. „8,2 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaften damit Deutschlands Biobauern. Jeder zehnte Hof macht Bio“, stellte zu Löwenstein fest. Deutschland erlebe endlich eine „starke Umstellungsdynamik“.

Von dem anhaltenden Bio-Boom profitieren nach den Branchenzahlen vor allem Supermärkte und Discounter. Mit einem Umsatz von 5,93 Milliarden Euro lag der Bio-Marktanteil des Lebensmittel Einzelhandels 2017 bei 59 Prozent, der des Naturkosthandels – der Wiege der Bio-Bewegung – mit 2,91 Milliarden Euro dagegen bei 29 Prozent, berichtete der BÖLW. Dabei haben sich die Gewichte weiterhin zugunsten der Supermärkte und Discounter verschoben: Während der Lebensmittel Einzelhandel um 8,8 Prozent zulegte, musste sich der Naturkostfachhandel mit einem Plus von 2,2 Prozent zufriedengeben.

Auch Bundesagrarminister Christian Schmidt setzt auf weiteres Wachstum des Ökolandbaus in Deutschland. „Bio ist längst kein Nischenprodukt mehr“, sagte er. Der deutsche Bio-Markt sei das achte Jahr in Folge gewachsen.

## Wirtschaft gut in Fahrt

**Wiesbaden** (dpa) Die deutsche Wirtschaft ist mit kräftigem Rückenwind ins laufende Jahr gestartet. Getrieben vor allem vom Export-Boom stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal 2017 um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das liefert eine gute Basis für die kommenden Monate, auch wenn sich das Wachstumstempo geringfügig abschwächte. Im dritten Vierteljahr hatte es noch ein Plus von 0,7 Prozent gegeben. „Das dritte Quartal konnte zwar nicht übertroffen werden – das hat aber auch niemand erwartet, nachdem die Produktion wegen vieler Feier- und Brückentage im Oktober schwach in das vierte Quartal gestartet ist“, erläuterte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Im Vorjahresvergleich kletterte das preisbereinigte BIP von Oktober bis Ende Dezember um 2,3 Prozent. Im Gesamtjahr 2017 legte Europas größte Volkswirtschaft um 2,2 Prozent zu, wie die Statistiker jetzt vorläufige Daten bestätigten.

## DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

### Wie geht es weiter mit den Renten?



Der Koalitionsvertrag lässt offen, was nach 2025 mit den Renten geschieht, wenn sich das Zahlenverhältnis von Alten zu Jungen dramatisch erhöht.

VON FRIEDRICH BREYER

Die langfristige Gestaltung der Rentenversicherung hat für die Lebensplanung vieler Menschen eine erhebliche Bedeutung: Wie sollen das Rentenniveau und die Altersgrenze für den Rentenbezug an die demografische Entwicklung angepasst werden? Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist dazu auffällig einsilbig: Bis 2025 sollen das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fallen und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen. Das klingt zwar beruhigend, hat aber zwei

Haken: Erstens wird, wenn die Beiträge nicht ausreichen, die neuen Wohltaten wie Grundrente und Mütterrente zu finanzieren, die Rechnung an den Steuerzahler weitergereicht, der heute schon jährlich fast 100 Milliarden Euro zur Rentenversicherung beisteuert und der dann zunehmend auf andere wichtige öffentliche Leistungen verzichten muss.

Zweitens ist 2025 nicht mehr fern, und die Koalitionäre legen sich nicht fest, wie es danach weitergeht, wenn sich das Zahlenverhältnis von Alten zu Jungen in Deutschland dramatisch erhöht. Insbesondere muss den heute 40- bis 50-Jährigen dringend reiner Wein eingeschenkt werden, wie es nach 2031 mit der Altersgrenze weitergeht: Bleibt sie bei 67 Jahren oder wird sie weiter erhöht, falls die Lebenserwartung weiter steigt? Eine automatische Anpassung

des Rentenalters an die Lebenserwartung gilt zum Beispiel in den Niederlanden; dort wurde sie von allen großen Parteien im Parlament getragen. Bei uns soll eine Kommission dazu bis 2020 Vorschläge unterbreiten. Man kann jetzt schon absehen, dass der politische Streit dann richtig losgeht und den Wahlkampf 2021 bestimmen wird.

Gerade eine Erhöhung der Altersgrenze beinhaltet politischen Zündstoff. Der sprichwörtliche „Dachdecker, der mit 67 noch auf dem Dach herumklettern soll“, wird auch in Zukunft die Debatten in den Talkshows beherrschen. Und das nicht einmal zu Unrecht: Viele Berufe sind körperlich belastend und dazu noch gering entlohnt. Bis 67 oder länger zu arbeiten, erscheint den Betroffenen als eine unerträgliche Zumutung; früher aufzuhören, bedeutet Abschlüge bei der Rente und dro-

hende Altersarmut. Die in Berlin regierenden Parteien versuchen, dieser Zwickmühle auszuweichen. Wenn die Belastungsgrenze für die Beitragszahler erreicht ist, müssen eben die Steuerzahler ran – aber auch die gehören überwiegend der jüngeren Generation an. Wie man es dreht und wendet: Rentenpolitik ist die Hoffnung, dass die nachwachsenden Generationen alle Lasten geduldig tragen, die man ihnen aufbürdet.

Altersarmut ist jedoch kein Problem der durchschnittlichen Rentenhöhe, sondern droht vor allem Geringverdienern. Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin haben zudem gerade ausgerechnet, dass Menschen aus den obersten 10 Prozent der Einkommensverteilung 7 Jahre länger leben als die untersten 10 Prozent. Geringverdiener bekom-

men also nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu ihren Beiträgen im Durchschnitt weniger Rente ausgezahlt, weil sie kürzer leben als Besserverdiener. Was daher helfen würde, wäre eine Änderung der Rentenformel mit einer Aufwertung der Rentenansprüche bei geringem Einkommen, die die kürzere Bezugsdauer der Renten ausgleicht. Sie würde es den Betroffenen ermöglichen, früher aus dem Erwerbsleben auszuscheiden und dennoch eine ausreichende Rente zu erhalten. Damit würde das Rentensystem gerechter, die Altersarmut würde reduziert und zugleich würden zukünftige Generationen entlastet.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium